

MLPD, Zentralkomitee, 4.12. 2020

Erklärung der MLPD gegen eine antikommunistische Rufmordkampagne

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, angesichts der fortschreitenden Rechtsentwicklung ausgehend von Regierung und Monopolen ist von großer Bedeutung, den Schulterchluss der linken und revolutionären, sowie weiteren demokratischen Kräften über parteipolitische und weltanschauliche Grenzen hinweg zu stärken.

Dagegen wird in letzter Zeit eine üble Rufmordkampagne gegen die MLPD organisiert. In verschiedenen Bündnissen wird verbreitet, die MLPD würde unsolidarisch „gegen Linke“ mit dem „Staatsapparat kooperieren“. Mit dieser „Begründung“ wurden mittlerweile Dutzende Bündnisse gespalten und der MLPD sogar die Unterzeichnung eines Aufrufs „gegen die Kriminalisierung linker Organisationen“ verwehrt. Die MLPD protestiert gegen diese üble und antikommunistische Diffamierung, die auf das Unwissen der Adressaten setzt.

Die Wahrheit ist: Die MLPD ist eine revolutionäre Partei, die im Visier des bürgerlichen Staatsapparates steht, mit diesem oder der bürgerlichen Klassenjustiz nicht „kooperiert“ hat und das auch jetzt und in Zukunft nicht tut.

Die MLPD hat sich immer solidarisch verhalten mit fortschrittlichen Menschen und Organisationen, die von der Repression des Staatsapparats betroffen waren. Unsere Solidarität gegen den Staatsapparat ist nicht parteipolitisch gebunden, sie gilt Revolutionären, aber auch bei weltanschaulichen Differenzen Anarchisten, Pazifisten, Sozialdemokraten und Anderen auf antifaschistischer Grundlage.

Es gibt wohl kaum eine Organisation aus Deutschland, die wie die MLPD über viele Jahrzehnte einer umfassenden Repression durch den Staatsapparat und auch direkt durch die herrschenden Monopole ausgesetzt ist. Seit der Parteigründung wurden über 150 Genossinnen und Genossen politisch entlassen. 2018 hat der deutsche Staatsapparat einen konkreten Taktikwechsel gegen die MLPD eingeleitet. Begründet wurde dies mit einer ausdrücklichen „Neubewertung“ der MLPD im Verfassungsschutzbericht 2019 (zum Jahr 2018), wonach man sie bisher unterschätzt habe. 20 unserer Konten wurden in den letzten drei Jahren gekündigt, es gab zahlreiche Raum- und Saalschließungen, (versuchte) Verbandsverbote, es hagelt Anzeigen usw. Fünf der MLPD zugerechnete Genossen wurden 2018 als Gefährder eingestuft, darunter Stefan Engel, langjähriger Parteivorsitzender und heutiger Leiter des theoretischen Organs REVOLUTIONÄRER WEG. Das wurde bis heute nicht zurückgenommen. Zahlreiche unserer Genossinnen und Genossen werden verstärkt mit Strafanzeigen überzogen. Unsere Parteivorsitzende, Gabi Fechtner, wird zusammen mit Weiteren aktuell wahrheitswidrig des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und der „versuchten Gefangenenbefreiung“ bezichtigt, was drastische Strafen zur Folge haben kann. Monika Gärtner-Engel, Internationalismusverantwortliche der MLPD, erhielt über Jahre unsägliche faschistische Morddrohungen. Es gab lebensgefährliche faschistische Mordanschläge gegen Mitglieder der MLPD. Alles das richtet sich auch gegen einen fortschrittlichen Stimmungsumschwung unter der Arbeiterklasse

und den breiten Massen, in dem die MLPD eine zunehmend prägende Rolle einnimmt.

Gegen diese Repressionen hat die MLPD vielfältigste Solidarität erfahren – aus dem ganzen linken, demokratischen und internationalistischen Spektrum bis hinein in fortschrittliche kirchliche oder demokratische bürgerliche Kreise. In diesem Geiste wurden auch vielfach die Zusammenarbeit, gemeinsame antifaschistische Aktivitäten usw. gestärkt.

Diese staatliche Repressionskampagne wird nunmehr jedoch von einer Rufmordkampagne mit angeblich linken Kronzeugen flankiert, um eine allgemeine Entsolidarisierung gegenüber der MLPD zu erreichen, womit mindestens objektiv das Vorgehen des repressiven

Staatsapparats unterstützt und gefördert wird. Das kann kein fortschrittlich denkender Mensch mitmachen oder sich liberal dazu verhalten!

Um welche Fragen geht es konkret? 2019 wurde über Monate hinweg konzentriert und ko-ordiniert in ganz Deutschland versucht, die MLPD mit umfassenden Polizeieinsätzen,

Anzeigen und polizeilichen Übergriffen aus hunderten Demonstrationen herauszusäubern und ihre demokratischen Rechte und Freiheiten einzuschränken. Das ging von Verboten, Fahnen zu tragen, über Transparentverbote bis zur Untersagung des Verteilens von Flugblättern. In vielen Fällen waren davon auch andere fortschrittliche und revolutionäre Organisationen betroffen.

Jeder demokratische Mensch ist empört über die reaktionäre Unterdrückung und Verbote marxistisch-leninistischer Arbeit und Symbole, wie es sie in Ländern wie Polen, der Türkei oder Ungarn gibt und die wir aus dem Hitler-Faschismus oder anderen faschistischen Regimes kennen. Aber hier sollen wir das akzeptieren? Das Vorgehen bezweckt politisch das gleiche, nämlich die Kapitalismuskritik, den Marxismus-Leninismus und die Perspektive des Sozialismus, sowie die MLPD als Partei, die dies repräsentiert, aus der Arbeiterbewegung, den sozialen Bewegungen, der Umweltbewegung usw. heraus zu säubern.

Ausgangspunkt war eine sogenannte „Sicherheitstagung“ führender deutscher Monopole und des Geheimdienstes „Verfassungsschutz“ von Juni 2019¹ mit dem Auftrag, die „schleichende Entgrenzung zwischen legitim bürgerlichen Protesten und extremistischen Strömungen“ und vor allem „Linksextremisten“ zu verhindern². Schon 2018 hatten Kräfte wie des BKA, aus der FDP, CDU usw. versucht, vor der Beteiligung der MLPD an Bündnissen wie gegen die Polizeigesetze zu warnen. Aber auf solche Leute hört natürlich keiner. Nun wurde diese Leitlinie umgesetzt durch Einsätze des Staatsapparats zusammen mit Attacken bürgerlicher Politiker aus SPD und Grünen oder von Leuten aus ihren Jugendorganisationen, einzelnen Leuten vom rechten Rand der Linkspartei, sowie vor allem von Antideutschen. Mit dabei waren auch Vertreter von NGOs und in der bürgerlichen Gesellschaft angekommene „Parents for Future“. Sie organisierten eine spalterische und zerstörerische – kurz: liquidatorische – Tätigkeit in den sozialen Bewegungen.

Zwischen März 2019 und Oktober 2020 haben wir allein 52 Vorgänge dokumentiert, in denen der MLPD bzw. befreundeten Kräften bei Demonstrationen oder Kundgebungen die Wahrnehmung grundlegender demokratischer Rechte verweigert wurde. In 46 Fällen gab es Polizeiein-

sätze oder gewaltsame Attacken auf Mitglieder und Freundinnen und Freunde der MLPD. 22 Fälle davon waren massive Polizeieinsätze gegen uns - allesamt (!) auf Veranlassung oder ausdrückliche Aufforderung von Ordnern oder aus Versammlungsleitungen aus oben genanntem Dunstkreis. D.h., diese Leute haben die Polizei ausdrücklich aufgefordert, Mitglieder der MLPD aus Versammlungen „zu entfernen“, was jeglichem demokratischen

Grundverständnis, den angebrachten respektvollen Gepflogenheiten in der linken Bewegung und sogar bürgerlich-demokratischem Recht krass widerspricht. Soviel dazu, wer hier mit dem Staatsapparat kooperiert!

In dieser besonderen Situation ging die MLPD erstmals in einigen äußersten Fällen, neben der ideologisch-politischen Auseinandersetzung, mit Anzeigen oder Ähnlichem gegen Aktionen des bürgerlichen Staatsapparats und mit ihm verbundene liquidatorische Kräfte vor. In 16 Fällen leiteten wir zunächst gegen die Polizei Verfahren nach dem Versammlungsgesetz, Dienstaufsichtsbeschwerden oder Strafanzeigen ein. Fast alle Klagen vor den Verwaltungsgerichten gegen Polizeieinsätze gegen uns waren erfolgreich. So entschied z.B. die 1. Kammer des Verwaltungsgerichts Gera am 24. Oktober 2019 (Aktenzeichen 1 E 2113/19 Ge), „dass Vertreter der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) an Versammlungen der Bewegung 'Fridays for Future' teilnehmen und insbesondere Fahnen entrollen und Flugblätter verteilen dürfen.“

Nachdem die MLPD diese rechtlichen Erfolge gegen Polizeieinsätze erreicht hatte, gab es vermehrt direkte Attacken von liquidatorischen Kräften gegen uns, bei mindestens 27 Anlässen, die nun sozusagen die Drecksarbeit übernahmen. Oft getarnt mit demokratisch anmutenden Titeln wie „Orgateam“. Nicht selten erfolgte das mit der „Begründung“, dass die Leitlinie „keine Parteien“ „zuvor im Konsens vereinbart“ gewesen wäre. Nur: an so einem „Konsens“ war die

1 <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/vortraege/rede-vp-selen-20190327-bfv-asw-sich>

erheitstagung-2019; ASW (Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft e.V.) Pressemitteilung vom 29.07.2019;

„Linksextremisten“: Erklärung Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz, VoßMLPD in keinem einzigen Fall beteiligt. Worin soll also der „Konsens“ bestehen? Meist wurden solche Festlegungen völlig undemokratisch von wenigen Einzelpersonen und bei heimlichen Treffen vereinbart. Wieso sollte sich eine revolutionäre Organisation an solch unzulässige undemokratische Festlegungen halten oder diese sogar mittragen? Das wäre eine Selbstbeschneidung hart erkämpfter demokratischer Rechte und Freiheiten! Wie soll sich eine gesellschaftsverändernde Diskussion, Bewegung oder gar Revolution entwickeln, wenn nicht einmal mehr revolutionäre Fahnen und Agitation und Propaganda erlaubt sind?

Gewaltsam wurden mit dieser Begründung Flugblätter entrissen, Fahnen gestohlen oder zerstört, Leute überfallen, geschlagen, geschubst, sexistisch angegangen, getreten, übel beleidigt. In ca. einem Drittel der Fälle kooperierten diese bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte bei diesen Aktionen weiterhin direkt mit der Polizei.

In weiteren 16 Fällen gab es dann Anzeigen von mit uns verbundenen Leuten gegen bürgerliche und kleinbürgerliche Gewalttäter, die mit der Polizei kooperierten und die Drecksarbeit für diese machten. In nur vier Fällen betraf das Leute, die - zumeist nachträglich - erklärten, der kleinbürgerlich-linken, anarchistischen Richtung anzugehören. In drei dieser vier Fälle waren diese Anzeigen zunächst gegen unbekannt gestellt worden. In allen diesen vier Fällen wurden die Anzeigen mittlerweile zurückgenommen, nachdem sich Täter entweder entschuldigt hatten oder über längere Zeit keine gewalttätigen Angriffe mehr gegen die MLPD starteten. Das gilt auch für die Stuttgarter Fälle, die oftmals für üble Verleumdungen der MLPD gehalten. Vielleicht hat nicht jede(r) bewusst im Rahmen der oben genannten Kampagne agiert. Jede(r) muss sich aber fragen lassen, auf welcher Seite er/sie in einer solchen polarisierten Situation steht und warum man sich zum Verwechseln ähnlich mit Polizeiprovokateuren oder Antideutschen verhält. Die Lüge, wir würden Anzeigen gegen Linke erstatten, ist unhaltbar! Die MLPD hat noch nie Klagen und Anzeigen als allgemein legitime Methode in der politischen Auseinandersetzung und erst recht nicht unter Linken und Revolutionären gesehen. Im Zentrum stand und steht für uns immer die ideologisch-politische Auseinandersetzung, die Suche nach Aktionseinheit bei gleichzeitig demokratischer Diskussion der Differenzen, um sich schrittweise zu vereinheitlichen. Das wird jede(r) die und der uns fernab von antikommunistischen Schauermärchen wirklich kennt, bestätigen.

Es war in der damaligen Situation, als eine massive liquidatorische Welle das Auftreten der MLPD auf Demonstrationen und Kundgebungen rigoros unterbinden wollte, notwendig, sich mit den gebotenen Mitteln zur Wehr zu setzen. Das war auch im Sinne aller fortschrittlichen und revolutionären Menschen, um in Deutschland einen Dambruch zu verhindern, dass bei Demonstrationen revolutionäre und marxistisch-leninistische Fahnen und Agitation und Propaganda verboten oder übel attackiert wird. Damit haben wir nicht zuletzt Gerichtsurteile und vielfach neue demokratische Gepflogenheiten erreicht, die der ganzen fortschrittlichen und demokratischen Bewegung nutzen. Mittlerweile hat sich so das Blatt, auch wegen unseres Vorgehens gewendet und der Spielraum für revolutionäre Organisationen auf Kundgebungen ist wieder größer geworden. Die Kampagne zur Unterdrückung, zum Ausschluss marxistisch-leninistischer Kräfte und ihrer Inhalte und Symbole ist gescheitert! Insofern sehen wir keinen Anlass mehr, in größerem Umfang unsere demokratischen Rechte einklagen zu müssen. Der ideologische Kampf um diese Entwicklung muss zugleich weitergehen. Das gewinnt an Bedeutung angesichts der massiven Repressionen des Staatsapparats und der Monopole gegen Revolutionäre, Marxisten-Leninisten und andere fortschrittliche Kräfte, sei es gegen die MLPD, in den Münchner Kommunisten-Prozessen, bei den Repressionen gegen die G-20-Protestierenden, bei brutalen Polizeieinsätzen wie in Frankfurt oder Wuppertal Ende 2020.

Gleichzeitig sind wir offen dafür, begründeten konkreten Kritiken nachzugehen. Es gab sehr wenige Fälle, in denen unsere richtigen Grundsätze undifferenziert angewendet wurden. So ist es heute nicht mehr nötig, uns mit den gleichen Mitteln zur Wehr zu setzen, wie Mitte 2019.

Zudem muss immer beachtet werden, um welche Person es sich handelt und die Möglichkeit zur Entschuldigung und inhaltlichen Klärung der Widersprüche gegeben werden. Es war zeitweise und in manchen Situationen richtig und notwendig, antikommunistische, antideutsche und ohnehin öffentlich bekannte Spalter und Gewalttäter, die zum Teil mit dem Staatsapparatkooperieren, auch namentlich zu benennen, damit die Arbeiter- und Volksbewegung vor ihnen

gewarnt wird. Das hat mit dem Vorwurf, die MLPD würde „linke Aktivisten outen“ nicht das Geringste zu tun. In Stuttgart wurde allerdings in einem einzigen Fall vorschnell ein Flugblatt mit der Nennung eines Vornamens verbreitet, was am Zentralkomitee vorbei passierte und nicht richtig war. Dieses Flugblatt wurde zurückgezogen und sich für das falsche Vorgehen entschuldigt.

Mit der Rufmordkampagne gegen die MLPD wird versucht, den Keil des Antikommunismus und der Entsolidarisierung in die sozialen Bewegungen zu tragen. Statt gemeinsam gegen den Klassengegner zu kämpfen, werden Revolutionäre haltlos verunglimpft. Viele Menschen und Organisationen haben uns gegenüber bereits ihre Solidarität erklärt, zumal es hier um ein Anliegen aller demokratisch eingestellten fortschrittlichen und revolutionären Menschen geht. Jeder ist aufgefordert, die Verleumdungen der MLPD zurück zu weisen. Darüber muss offen diskutiert werden und jeder ist eingeladen, sich mit solidarischen Erklärungen, aber auch mit Fragen und begründeter sachlicher Kritik an die MLPD zu wenden.

Mit solidarischen Grüßen!

Monika Gärtner-Engel

Reinhard Funk